

Gemeinderat von Zürich

30.3.05

Postulat

von Albert Leiser (FDP)
und Monjek Rosenheim (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit

a) die seit 2004 eingerichtete neue Stelle "Anti-Graffiti im HBD zusammen mit den Personen des EAM-Programms „Schöns Züri“ und weiteren Amtstellen (z.B. Massnahmen „Aufwertung Langstrasse“) mit dem privaten Malergewerbe vernetzt werden können. Damit soll bezweckt werden, dass diese Personen mit dem Malergewerbe zusammenarbeiten oder Personen aus dem EAM durch das Malergewerbe angestellt werden, was grössere Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ergibt.

b) ob mit einem solchen Arbeitsangebot von EAM-Personen, angestellt beim privaten Malergewerbe, die Dienstleistungen der städtischen Stelle „Anti-Graffiti“ auch auf private Liegenschaften ausgedehnt werden könnte, selbstverständlich gegen Verrechnung der Kosten.

Begründung:

Die störenden Graffitis an städtischen, öffentlichen Liegenschaften werden seit Einrichtung der dafür zuständigen Amtsstelle "Anti-Graffiti" relativ zügig entfernt. Nicht so bei privaten Liegenschaftenbesitzern und bei kantonalen Gebäuden, wie Beispiele in der Innenstadt, vor allem in den Kreisen 3, 4 und 5 zeigen. Die Entfernung bzw. das Übermalen von Graffitis scheitert vor allem an den hohen Kosten, welche Private für solche Maleraufträge bezahlen müssen – und dies immer wieder ! Deshalb stellt sich die Frage, ob mit einer Zusammenarbeit zwischen der neuen Amtsstelle "Anti-Graffiti" und dem privaten Malergewerbe unter Einbezug von Personen des Ergänzenden Arbeitsmarktes (EAM) nicht eine bessere Lösung für alle im Sinne eines Public-Private-Partnership gefunden werden könnte:

- Personen aus dem EAM gelangen in den normalen Arbeitsmarkt und können so eingegliedert werden.
- Private profitieren von den günstigeren Preisen einer solchen Zusammenarbeit zwischen Malergewerbe und EAM/Anti-Graffiti.
- Störende Wandverunstaltungen werden schneller und konsequenter auch von Privatliegenschaften entfernt.

